

# Mazedonien

Oliver Schwarz

Bei den vorgezogenen Neuwahlen wurde der national-konservative Kurs von Premierminister Nikola Gruevski bestätigt. Dieser kann, wenn auch nicht mehr mit absoluter Mehrheit, seine Arbeit mit dem albanischen Koalitionspartner weiter fortsetzen. Unterdessen zeigt sich die mazedonische Gesellschaft ethnisch extrem polarisiert. Außenpolitisch tritt Mazedonien weiterhin auf der Stelle. Bedingt durch den Namensstreit mit Griechenland bleibt eine Mitgliedschaft in EU und NATO unverändert in weiter Ferne.

## Innenpolitische Entwicklung

Erwartungsgemäß konnte die VMRO-DPMNE die Parlamentswahlen am 5. Juni 2011 für sich entscheiden. Ministerpräsident Nikola Gruevski tritt damit seine dritte Amtszeit seit 2006 an. Da seine Partei mit 56 von 123 Sitzen nicht mehr über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt, gewinnt der bisherige Koalitionspartner, die Demokratische Union für Integration (DUI), an Bedeutung. Die albanische Partei konnte 15 Sitze auf sich vereinen. Mit 42 Sitzen verzeichnete die oppositionelle Sozialdemokratische Union von Mazedonien (SDSM) einen beachtlichen Stimmenzuwachs. In vielen Wahlbezirken ist der Abstand zwischen VMRO-DPMNE und SDSM deutlich geschrumpft. Ein Umstand, der für die im Frühjahr 2013 anstehenden Kommunalwahlen eine spannende Ausgangslage bietet. Die Demokratische Partei der Albaner (DPA) erzielte acht Sitze. Erstmals trat bei der Parlamentswahl auch die Nationale Demokratische Wiedergeburt (NDP) an. Die albanische Partei wurde erst 2011 von Rufi Osmani, dem Bürgermeister der Stadt Gostivar, gegründet und erhielt auf Anhieb zwei Sitze. Nicht mehr im Parlament vertreten ist hingegen die Liberaldemokratische Partei (LDP).<sup>1</sup>

Die Regierung steht unverändert vor großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Für das Jahr 2012 gehen die Prognosen der Europäischen Kommission von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,5% aus. Beim privaten Konsum wird ein Anstieg um 1,5% erwartet. Das größte strukturelle Problem Mazedoniens, das auch den Wahlkampf beherrschte, stellt die hohe Arbeitslosenquote von 31,4% dar. Besonders Besorgnis erregend ist die wachsende Jugendarbeitslosigkeit des Landes. So stieg die Arbeitslosenrate bei der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen von 50,5% im vierten Quartal des Jahres 2010 auf 59,4% im letzten Quartal des Jahres 2011. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Jugendlichen an der Gruppe der insgesamt Arbeitslosen von 18% auf 21%.<sup>2</sup>

Innenpolitisch befinden sich die Beziehungen zwischen der slawisch-mazedonischen Bevölkerungsmehrheit und der albanischen Minderheit auf einem dramatischen Tiefpunkt. Die International Crisis Group spricht sogar von der Gefahr eines allmählich drohenden Staatszerfalls Mazedoniens.<sup>3</sup> Auf Ebene der politischen Parteien traten die ethnischen Dis-

---

1 Vgl. Rolofs, Oliver Joachim: Noch auf Europakurs? – Mazedonien nach den Parlamentswahlen vom 5. Juni 2011, in: Südosteuropa Mitteilungen, 51 (2011) 4, S. 18-35.

2 Vgl. European Commission: EU Candidate and Pre-accession Countries' Economic Quarterly, Brüssel, 04.04.2012, S. 10ff.

3 Vgl. International Crisis Group: Macedonia. Ten Years after the Conflict (Europe Report No. 212), Skopje/Istanbul/Brüssel, 11.08.2011, S. 23.

paritäten beispielhaft bei einer Konferenz am 13. August 2011 in Ohrid zu Tage. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Rahmenabkommens von Ohrid kamen dort sowohl Vertreter der internationalen Gemeinschaft als auch der albanischen Parteien zusammen. Die politischen Repräsentanten der VMRO-DPMNE, aber auch der oppositionellen SDSM, blieben der Veranstaltung hingegen fern. Nur kurze Zeit später fiel wiederum die Abwesenheit der albanischen Minderheit bei den großen Feierlichkeiten anlässlich der 20-jährigen Unabhängigkeit Mazedoniens auf. Das offizielle Festtagsprogramm am 8. September 2011 wurde ausschließlich von mazedonischen Künstlern gestaltet.<sup>4</sup>

Wie schnell eine Atmosphäre des politischen Nebeneinanders in Gewalt umschlagen kann, zeigte sich bereits im Februar 2011 in der Hauptstadt Skopje. Infolge des Baus eines Museumsgebäudes im Stil einer orthodoxen Kirche auf dem Gelände der Festung Kale kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Mazedoniern und Albanern. Die Festung liegt auf der Westseite des Flusses Vardar und damit im überwiegend von Albanern bewohnten Gebiet. Die Baumaßnahmen wurden vorerst eingestellt. Die mazedonischen Behörden kündigten zudem an, die Belange der albanischen Bevölkerung durch eine architektonische Umgestaltung des Gebäudekomplexes entsprechend zu berücksichtigen.<sup>5</sup>

Das angespannte Verhältnis zwischen beiden Volksgruppen wurde im April 2012 durch einen fünffachen Mord an ethnischen Mazedoniern in Skopje zusätzlich angeheizt. Durch den Zeitpunkt der Tat, dem Vorabend des orthodoxen Osterfestes, verbreiteten sich schnell Spekulationen über einen interethnischen Hintergrund der Tat. Mehrere Tage lang kam es daraufhin zu Straßenschlachten, vorwiegend zwischen albanischen und mazedonischen Jugendlichen. Anfang Mai wurden bei einer groß angelegten Razzia der Polizei 20 Personen festgenommen, bei denen es sich nach Aussage des Innenministeriums um Angehörige einer radikalen islamistischen Gruppierung handeln soll.<sup>6</sup>

### **Euroatlantische Integration**

Am 5. Dezember 2011 konnte Mazedonien einen wichtigen Etappensieg im seit Jahren anhaltenden Namensstreit mit Griechenland verbuchen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschied mit 15 gegen eine Stimme, dass Griechenland auf dem Bukarester NATO-Gipfel im April 2008 gegen das Interimsabkommen von 1995 verstoßen hatte. Darin hatte Athen sich eigentlich dazu verpflichtet, Mazedonien unter dem Namen „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ den Beitritt zu internationalen Organisationen nicht zu verwehren. Auf dem NATO-Gipfel von Bukarest scheiterte ein Beitritt Mazedoniens zur Allianz jedoch eben am griechischen Veto.

Aus dem juristischen Sieg konnte Mazedonien jedoch kein politisches Kapital schlagen. So ist ein Termin für die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen nach wie vor nicht in Sicht. Mazedonien hält den offiziellen Kandidatenstatus seit Dezember 2005 inne. Bereits im Oktober 2009 hatte die Europäische Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht die Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt empfohlen. Auch der NATO-Gipfel in Chicago vom 20. bis zum 21. Mai 2012 brachte Mazedonien nicht den erhofften Durchbruch. Die Allianz bestätigte ihre Entscheidung von Bukarest, dass zunächst eine einvernehmliche Lösung im Namensstreit gefunden werden müsse, bevor Mazedonien der NATO beitreten könne.

---

4 Vgl. Czymmeck, Anja/Viciska, Kristina: Ein Zukunftsmodell für multiethnisches Zusammenleben? Bilanz nach zehn Jahren Ohrid-Rahmenabkommen in Mazedonien, in: KAS Auslandsinformationen, 27 (2011) 11, S. 75-93.

5 Vgl. Marusic, Sinisa Jakov: Bid to Defuse Row Over Skopje Fortress, in: Balkan Insight, 26.08.2011.

6 Vgl. Czymmeck, Anja: Spannungen in Mazedonien (KAS-Länderbericht), Skopje, 09.05.2012.